

Transformation zu einer nachhaltigen Gesellschaft und Wirtschaft

Seit rund 50 Jahren werden in einer breiten Öffentlichkeit die negativen ökologischen Effekte der weithin auf den Verbrauch nicht regenerierbarer Ressourcen angelegten Produktionsweise der Industriegesellschaft kritisch diskutiert und die vorherrschende ökonomische Wachstumsorientierung hinterfragt. Dass eine große Transformation hin zur Nachhaltigkeit notwendig ist, wird allgemein akzeptiert. Die notwendigen Wege hingegen sind umstritten und die konkreten Schritte zu einer solchen Transformation bleiben immer noch deutlich hinter den ökologischen Erkenntnissen dessen, was notwendig ist, um die schlimmsten Auswirkungen zu begrenzen, zurück. Zwar sind in vielen Bereichen des Umweltschutzes deutliche Fortschritte erzielt – so ist etwa die von Willy Brandt am Beginn der 1960er Jahre formulierte Forderung nach einem „blauen Himmel über der Ruhr“, die damals die meisten Menschen für utopisch hielten, Realität geworden –, dennoch ist die Bilanz bestenfalls als ambivalent, wenn nicht als weiterhin höchst problematisch zu bezeichnen.

Diese Problematik lässt sich in drei Punkten zuspitzen: Die technologischen Innovationen für eine höhere Effizienz der Ressourcennutzung oder für eine Ersetzung nicht regenerierbarer durch regenerierbare Ressourcen werden durch die sog. Rebound-Effekte weitgehend kompensiert und verfehlen wichtige Nachhaltigkeitsziele. Beispielhaft lässt sich dies an der Mobilität oder auch an den durchschnittlichen Pro-Kopf-Emissionen für Wohnen verdeutlichen. Hier werden im privaten Bereich in den Industrienationen immer noch kontinuierlich zu hohe CO₂-Emissionen verursacht. Weltweit waren darüber hinaus die ersten zehn Jahre des 21. Jahrhunderts auf Grund der Entwicklungssprünge in vielen Schwellenländern von einem massiven Anstieg der CO₂-Emissionen geprägt, erst 2012 flachte die Steigungskurve ab und 2014 stagnierte sie erstmals. Diese Entwicklung steht jedoch im deutlichen Widerspruch zu dem Klimaziel eines max. Temperaturanstiegs um 2 Grad.

Dort, wo eine Versöhnung von Ökonomie und Ökologie zumindest bedingt eingelöst werden konnte, etwa bei der Energiewende in Deutschland, werden die Kosten der notwendigen Transformation im Wesentlichen auf die privaten Verbraucher und damit in überdurchschnittlicher Weise auf die Geringverdiener abgewälzt. Soll die notwendige Akzeptanz des Weges in eine nachhaltige Gesellschaft gesichert werden, ist wesentlich die Frage nach einer gerechteren Verteilung der damit einhergehenden Lasten zu beantworten. Ein gutes Gelingen des „deutschen Weges“ der Energiewende könnte international von größter Überzeugungskraft sein.

Schließlich steht nach wie vor das Wirtschaftswachstum – gemessen als Summe aller ökonomisch bewerteten Güter und Dienstleistungen durch das Bruttosozialprodukt – im Zentrum der dominierenden wirtschaftlichen Zielsetzungen. Das Ziel einer Abkoppelung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch ließ sich bisher nicht in nennenswerter Weise realisieren, eine Abkehr vom ökonomischen Wachstumspfad ist bisher nicht als bewusstes Konzept umgesetzt. Überall dort, wo es zu einem Rückgang oder gar zu einem Negativwachstum kam, war dies mit erheblichen sozialen Folgekosten verbunden.

Vor diesem Hintergrund hat etwa die im Februar 2014 veröffentlichte „Sozialinitiative“ der EKD und der DBK pointiert gefordert, Wachstum in den Dienst der Menschen unter Beachtung der Nachhaltigkeitsziele zu stellen. Diese Überlegung basiert auf der Annahme, dass es nach wie vor unmöglich sei, auf Wachstum verzichten zu wollen: In den Industrieländern angesichts der immer noch bestehenden Massenarbeitslosigkeit und sozialer Verwerfungen sowie erst recht in den Schwellenländern und in den Ländern des Südens angesichts von Hunger und dramatischer Not.

Damit diese Perspektive umgesetzt, Wachstum lebensdienlich für Menschen und Mitwelt organisiert wird und es zu einer gerechteren Verteilung der ökonomischen Güter wie der Lasten der Transformation kommen kann, müssen allerdings ergänzend zur Orientierung am ökonomischen Wachstum mindestens zwei weitere Indikatoren für das politische Handeln und die Öffentlichkeit maßgebend werden: Zunächst wird gleichrangig neben dem BIP eine weitere, öffentlich legitimierte und von der Bundesregierung vorzulegende Kennzahl benötigt, die den Verbrauch der natürlichen Ressourcen eines Landes in einem bestimmten Zeitraum verlässlich angibt, etwa der sog. „ökologische Fußabdruck. Vorbild hierfür könnte ein anderes Instrumentarium sein, welches die Entwicklung der ökonomischen Ungleichheit einer Gesellschaft anzeigt, wie dies seit einigen Jahren durch den Nationalen Armuts- und Reichtumsbericht in Deutschland diskutiert wird. Wenn eine Volkswirtschaft über die natürlichen Belastungsgrenzen hinaus deutlich zu viele Ressourcen verbraucht, müssten Sanktionen greifen, ggf. auch zu Lasten des Wirtschaftswachstums. Ebenso sollte das Ziel der Vermeidung starker sozialer Ungleichheit in der Gesellschaft festgelegt werden, um auch hier Fehlentwicklungen zeitnah entgegen zu wirken. Auf diese Weise könnte man etwa die Auswüchse der internationalen Finanzmärkte, die zu einem starken Anstieg sozialer Ungleichheit geführt haben, begrenzen und sie wieder stärker auf ihre Kernaufgabe begrenzen, der Realwirtschaft zu dienen.

Die hier vorgeschlagene Idee ist als ein Schritt, um das eingangs skizzierte Dilemma zu überwinden, einfach: Es geht – zumindest zunächst – nicht darum, die Orientierung am

Wachstum per se abzuschaffen, sondern Wachstum durch einen kritischen Vergleich mit dem Ressourcenverbrauch und der Entwicklung sozialer Ungleichheit zu relativieren. Es ist wie bei einem modernen Auto: Ein Instrument allein – etwa der Tacho – reicht zur Orientierung nicht aus, man benötigt mehr Informationen, um sicher das gewünschte Ziel zu erreichen. Dies gilt auch für wirtschaftliches Handeln, nur so bleibt das Wirtschaftssystem zukunftsfähig. Dazu sind „ordnungspolitische Weichenstellungen nötig, die allerdings allein national nicht greifen können.“ (Sozialinitiative, These 1). Die EU als weltweit größter, einheitlicher Wirtschaftsraum muss hier vorangehen, und die Kirchen sollten im Rahmen der EU-Sozial-Dialoge eine solche Perspektive beharrlich verfolgen.

Welchen Beitrag können dabei die Kirchen als Organisationen und die einzelnen Christenmenschen leisten? In diesem Zusammenhang ist m.E. der Ansatz einer „Moralisierung der Märkte“¹ durch ethisch bewusste Kaufentscheidungen von größter Bedeutung. Allerdings zeigen empirische Erkenntnisse, die im Blick auf Umwelt-Produkte vorliegen, ein unklares Bild. Zwar hat sich das Umweltbewusstsein der Bevölkerung recht deutlich entwickelt, die beobachtbaren Verhaltensmuster der Konsumenten hinken jedoch stark zurück. Trotz des Booms der Umwelt-Produkte in den letzten Jahren lässt sich insgesamt nur ein geringer Einfluss des Umweltbewusstseins auf das Konsumverhalten zeigen. Insofern ist etwa die Einschätzung der EKD-Denkschrift „Unternehmerisches Handeln in evangelischer Perspektive“, dass sich bei Konsumentenscheidungen „die Berücksichtigung ökologischer Standards ... weitgehend durchgesetzt“² habe, deutlich zu optimistisch. Ähnliches gilt für „Fair-Trade-Produkte“, die in den letzten Jahren zwar hohe Zuwachsraten erzielt haben, deren Anteil etwa am Lebensmittelkonsum immer noch unter 2% liegt. Das Konsumentenverhalten ist nach wie vor mehrheitlich davon geprägt, die ökonomisch günstigsten Produkte zu bevorzugen, vielfach auch aus eigener sozialer Not heraus.

Vor dem Hintergrund dieses ernüchternden Bildes ist es daher notwendig, nicht allein auf den intrinsisch motivierten, gut informierten und ethisch reflektierten Konsumbürger zu setzen. Vielmehr ist durch eine Verbesserung der gesetzlichen Rahmenordnung eine ethische Prägung des Konsumentenverhaltens zu erleichtern bzw. sogar zu fördern. Dies kann vor allem durch eine Verbesserung der Transparenz für Verbraucher geschehen, indem durch neue Formen von „Kennzeichnungspflichten ... auf Gesundheitsgefährdungen und Umweltbelastungen wie auch auf soziale Indikatoren des Produkts (Fair Trade,

¹ Nico Stehr, Die Moralisation der Märkte, Frankfurt/Main, 2007.

² Unternehmerisches Handeln in evangelischer Perspektive. Eine Denkschrift des Rates der EKD, Gütersloh 2008, S. 75.

Kinderarbeit)³ prägnant hingewiesen werden muss. Ferner kommt kritischen Konsumentengruppen eine wichtige Rolle zu, da sie durch ihre Informationsarbeit und Kampagnen die Themen ethisch reflektierter Konsumentenscheidungen in der Öffentlichkeit präsent halten und die Konsumenten zu einer kritischen Bedarfsreflexion und einer entsprechenden Sensibilisierung anleiten.

Die Bereitschaft zu verantwortlichem Konsum ist umso eher zu erwarten, je mehr die jeweiligen Produktions- und nicht zuletzt Transportprozesse transparent dargestellt werden und die Konsumenten wissen, welche ökologischen (und sozialen) Kosten durch ihre Kaufentscheidungen bewirken. Kirchliches Engagement ist in diesem Sinn ein wichtiger Wegbereiter, indem kontinuierlich ökologisch und sozial faire Projekte unterstützt werden und sich einzelne in besonderer Weise zu ethischem Konsum verpflichten.

Die EKvW ist diesbezüglich durch verschiedene innovative Projekte, wie den „Grünen Hahn“ oder die Selbstverpflichtung beim Beschaffungswesen, in mancherlei Weise im kirchlichen und auch im öffentlichen Bereich zur Vorreiterin geworden. Zu diesem Weg hat sich in dieser Woche mit dem Ziel der Klimagerechtigkeit die Synode der EKvW erneut selbst verpflichtet. Ungeachtet dessen bleibt auch im kirchlichen (ebenso wie im persönlichen) Bereich noch viel „Luft nach oben“ auf dem Weg zu einem nachhaltigen Lebensstil.

Traugott Jähnichen

³ A.a.O., S. 76.